

Commerzbank zückt erneut den Rotstift

Der geplanten Entlassungswelle bei der Commerzbank sollen laut Medienberichten mehr Arbeitsplätze zum Opfer fallen als ursprünglich angekündigt. Nach dem Kahlschlag werden Ende 2004 voraussichtlich 7.500 Menschen weniger für Deutschlands viertgrößtes Kreditinstitut arbeiten. Mit der Streichung von 3.100 Stellen sollen etwa 380 Millionen Euro Personalkosten eingespart werden. Ziel des Commerzbank-Vorstands ist es, mit den Kürzungen die Ertragseinbußen aufzufangen - und zwar nicht allein durch Altersteilzeit und Vorruhestand, wie Stefan Roberg von der Commerzbank-Pressestelle in Frankfurt am Main der woxx mitteilte, sondern durch betriebsbedingte Kündigungen. Dabei werden auch etwa 1.100 MitarbeiterInnen außerhalb Deutschlands bis Ende kommenden Jahres entlassen. In welchen Ländern der Rotstift angesetzt wird und ob auch die Commerzbank-Niederlassung in Luxemburg betroffen ist, steht nach Robergs Worten noch nicht fest. Es gebe erste Gespräche mit den Betriebsräten. Ergebnisse seien aber erst in den kommenden Monaten zu erwarten.

Dauerhaft provisorisch

Für knapp drei Monate diente der Container in der hauptstädtischen Rue de Fort Neiperg etwa 80 Obdachlosen als Unterkunft. Nachdem ein Teil von ihnen zuvor im großherzoglichen Pavillon am Hauptbahnhof untergebracht worden war, Anfang des Jahres aber dort ausziehen musste, fanden die Organisationen Jugend an Drogenhölle, Stämm von der Strooss, Rotes Kreuz und Abrigado mit dem Container für die Betroffenen eine neue Bleibe. Allerdings auch nur provisorisch, denn die Übergangslösung war von vornherein bis zum 31. März begrenzt. In der Zwischenzeit suchten die vier Organisationen nach einer neuen Unterkunft - vergeblich, wie sich zu Beginn der Woche herausstellte. Die Obdachlosen mussten aus dem Container ausziehen. Laut Informationen von Abrigado sind sie zurzeit wieder auf der Straße. Verhandlungen über eine neue Bleibe gebe es noch nicht, sagte Abrigado-Chef Tom Schlechter gegenüber der woxx. Bis eine endgültige Unterkunft für sie gefunden ist, sind die Obdachlosen vermutlich auf weitere Provisorien angewiesen.

Friedenskoordination: Gedämpfte Aufbruchstimmung

"Seit dem 20. März führen die USA und ihre Verbündeten einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak", heißt es im Aufruf der Friedenskoordination zum Ostermarsch am 19. April. Der am Donnerstag vorgestellte Text geht wesentlich weiter als die bisherigen Aufrufe dieses Zusammenschlusses von über 50 Organisationen. Gefordert wird auch, die Luxemburger Regierung solle den kriegsführenden Ländern Überflug- und Transitrechte verweigern, statt sich "hinter ihrer so genannten Bündnispflicht zu verstecken". Was jedoch die in Luxemburg immatrikulierten Awacs-Flugzeuge angeht, konnte sich die Friedenskoordination nicht dazu durchringen, ihren Rückzug aus der Türkei zu fordern. Die Kompromissformel lautet, dass sie "keine Kriegseinsätze" fliegen dürfen.

Während der Pressekonferenz wurde mehrmals darauf verwiesen, dass die Friedenskoordination Zurückhaltung üben müsse. Zum Beispiel gebe es keinen Konsens über Aktionsformen wie Blockaden und über die Solidarität mit den Opfern der Polizeigewalt. Die drei eigentlichen Friedenskomitees zeigen da mehr Mut: Nach Informationen der woxx sind sie dabei, politische und juristische Mittel zu prüfen, um eine Verurteilung der polizeilichen Übergriffe zu erreichen.

PILOTPROJEKT EST

Gut gemeint: das Gegenteil von gut?

Das Pilotprojekt zum unteren Zyklus des technischen Sekundarunterrichts eint die Lehrerschaft: in vorauseilender Entrüstung oder in begründeter Skepsis. Die Offensive des Ministeriums droht an der ministeriellen Erklärungsnot zu scheitern.

(roga) - Ein Gespenst geht um im PISA-gebeutelten Milieu der großherzoglichen SekundarlehrerInnen: Ist es der viel gefürchtete Aufstieg der Gesamtschule aus der Gruft gescheiterter Schulreformen? Oder der Versuch, die SchülerInnen des technischen Sekundarunterrichts vom "Ballast" der Kunst und Musik sowie der Humanwissenschaften zu befreien, um sie schneller dem Frondienst des Handwerks zuzuführen? Soll von Seiten der politischen Verantwortlichen Aktivismus zwischen zwei PISA-Tests und zwei Wahlen vorgeschoben werden, indem durch kosmetischen Etikettenschwindel alter Wein in neuen Schläuchen serviert wird?

"Keine Experimente, so nicht?"

Was immer auch der genaue Hintergrund dafür ist, die Lehrerschaft ist geeint wie selten zuvor in vorauseilender Entrüstung. Geschichts- und KunstlehrerInnen fürchten um die Daseinsberechtigung ihrer verschmähten Fächer, konservative LehrerInnen wittern die ultimative Nivellierung nach unten, progressive GewerkschafterInnen argwöhnen, an sich richtige Ansätze könnten durch unausgelegene Experimente diskreditiert werden.

Das Ministerium trug durch eine lapidare Vorstellung seiner

Reformvorhaben nicht gerade zur Überzeugungskraft des Pilotprojekts bei. Die Grundanalyse mag noch eine JedeR mitzutragen bereit sein: In Französisch, Mathematik und Deutsch ist der Misserfolg von SchülerInnen im und nach dem unteren Zyklus des technischen Sekundarunterrichts (7ième bis 9ième) derart erschreckend, dass etwas gesehen muss. Doch statt einer nuancierten Analyse der Ursachen und möglicher pädagogischer Konzepte kommt es dann auf knapp sechs Seiten zum Pilotprojekt ganz dicke: Zwei Drittel des Curriculum soll künftig aus Pflichtfächern bestehen, die zum Teil von allen SchülerInnen beherrscht werden müssen (basics?) und zum Teil nicht, und ein Drittel steht zur freien Gestaltung. Ansonsten herrscht der Einheitsgedanke: "... mêmes grilles horaires, mêmes programmes, mêmes critères d'évaluation pour tous les élèves." Und noch ein Bonbon für die DirektorInnen: Die Aufteilung der Klassen geschieht nach Gutdünken der einzelnen Schulen.

Da fragt sich nun die Pädagogin und der Pädagoge, wie denn da Differenzierung vonstatten gehen soll: auf getrennten "Filières" wie bisher, in heterogenen Klassenverbänden oder gar durch innovative Pädagogik wie das "Team-Kleingruppen-Modell"? Und der Laie fragt sich, was denn am Ende unten rauskommen wird: ein Großteil von SchülerInnen, die allenfalls für fähig gehalten werden, nach der neunten Klasse eine professionelle Schiene einzuschlagen und eine Minderheit, die den mehrdimensionalen Anforderungen gerecht wird, etwa dem Sprachenverständnis und der mündlichen und schriftlichen Aus-

drucksfähigkeit? Ist das nicht etwas zu schnell geschossen, vor allem wenn es an einer gründlichen Gesamtanalyse des Schulsystems bislang immer noch fehlt?

Das Ministerium weist alle Vorwürfe kategorisch zurück. Die Vorarbeiten seien von Delegierten der Programmkommissionen geleistet worden, das Konzept soll einzelne Schulen zu autonomen Schulkonzepten motivieren, eine Initialbildung und ein parallel aufzubauendes Angebot an Weiterbildung würden den teilnehmenden Schulen angeboten. Und auch die sich diskriminiert fühlenden FachlehrerInnen - zum Beispiel in Kunst oder Geschichte - sollten sich etwas einfallen lassen, wie sie die Inhalte ihrer Kurse an das Gebot des Aufbaus von Kompetenzen statt der reproduktiven Aneignung vergänglichem Wissens nähern könnten.

Strittig bleibt indes die Frage, ob die Reduzierung der Unterrichtsstunden für musische und humanistische Fächer tatsächlich geeignet ist, transversale Kompetenzen aufzubauen. Der Titel einer Veranstaltung, die "Déi Gréng" am 25. April mit der Initiatorin der Helene-Langeschule in Wiesbaden veranstalten, verheißt den entgegen gesetzten Ansatz: "Wer Theater spielt, ist auch gut in Mathe." Als deutsche PISA-Testsiegerin verspricht die Praxis dieser integrierten Gesamtschule, Freude am Lernen mit Bestleistungen verbinden zu können. Die Schuldebatte ist eröffnet!



EU/IRAK

EU-Tanz um den Golf

Europas BürgerInnen sind mehrheitlich gegen den Irak-Krieg: Doch das Haus ihrer gewählten VertreterInnen kann sich nicht auf ein Nein zum Einmarsch einigen. Auch sonst herrscht alles andere als Eintracht.

(dw) - Weder Nein noch Ja wollte das Europaparlament zu dem Krieg sagen, der Europa wie schon lange kein Konflikt mehr bewegt. Zum 3. Golfkrieg wird es vorerst keine Resolution des europäischen Parlaments geben. Sozialdemokraten, Liberale und Grüne hatten einen Text vorgelegt, in dem die amerikanische Intervention verurteilt wird. Mit 255 Nein- gegen 218 Ja-Stimmen wurde diese Resolution am Donnerstag vor einer Woche abgelehnt. Im Gegenvorschlag der christdemokratischen Fraktion wurde Saddam Hussein als Schuldiger für den Irak-Konflikt benannt und eine loyale Zusammenarbeit mit den USA gefordert. Dieses Bekenntnis ging jedoch offensichtlich auch so manchem Nicht-Kriegsgegner zu weit: Die Resolution wurde mit 286 zu 206 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

"Europa ist quer durch die Parteien und die Nationen gespalten", kommentierte Charles Tannock, Europa-Abgeordneter der britischen Konservativen das Votum. "Das Europaparlament hat einmal mehr das Konzept einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in den Wind geschlagen." Die Patt-Situation im Europaparlament zum Thema Irak-Krieg gibt die Stimmung in der EU wieder - aller-

dings lediglich die, die auf Regierungsebene herrscht. Denn hier sind sich, im Gegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung, die EU-Chefs bekanntlich nicht einig. Zwar werden vermehrt Stimmen laut, die sich den Aufbau der EU als militärische Gegenmacht zur USA herbei wünschen. Doch für die praktische Umsetzung dieses Plans fehlt bislang die erforderliche EU-Einheit.

EU-Militär als Anti-Kriegsmittel

"Man muss der europäischen Öffentlichkeit, die ihre Meinung in dieser Krise deutlich ausgedrückt hat, klarmachen, dass wir aus einer gewissen Hypokrisie herauskommen müssen", betonte der Hohe Vertreter der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, am vergangenen Wochenende in einem Interview mit "Le Monde". "Wenn wir eine Rolle spielen wollen, brauchen wir die notwendigen finanziellen Mittel, um die militärische Kapazitäten zu haben", so die Schlussfolgerung des EU-Vertreters zur Anti-Kriegshaltung in der Bevölkerung.

Doch nicht nur Parlament und Regierungen, auch die EU-Kommission tut sich schwer mit einer eindeutigen Haltung in Bezug auf die USA. "Die meisten Dinge, die wir erreichen wollen, können wir leichter erreichen, wenn wir mit den USA zusammenarbeiten", hatte Kommissar Chris Patten noch am 20. März

anlässlich der Irak-Debatte im Europaparlament gesagt. Als die USA seinen Kollegen Poul Nielson jedoch kurz vor Kriegsbeginn um eine Koordination der humanitären Hilfe baten, lehnte dieser dankend ab. Nielson verwaltet als zuständiger EU-Kommissar die europäische Entwicklungs- und humanitäre Hilfe. Diese Unterstützung solle nicht an militärische Aktionen gekoppelt werden, so Nielsons Einstellung. Die Neutralität der EU-Hilfe müsse gewährleistet sein, so Nielson. Dies sei nicht der Fall, wenn die Hilfsgüter von Militärs einer der beiden Kriegsparteien ausgehändigt werden. Nielson spricht sich ausdrücklich für eine klare Distanz zu den Alliierten aus. Die USA und Großbritannien könnten nämlich seiner Meinung nach die Hilfe missbrauchen: "Sie könnte Teil dessen sein, was früher als psychologische Kriegsführung bezeichnet wurde: die Möglichkeiten einer Reaktion der Zivilbevölkerung gegen den Feind zu verringern", so Nielson gegenüber der Financial Times.

Immerhin: In der Bereitstellung von Finanzmitteln für die Kriegsoffer scheint es auch im Europaparlament Einigung zu geben. Bislang wurden 21 Millionen Euro bewilligt, in der nächsten Woche wird das Parlament voraussichtlich weiteren 79 Millionen Euro für humanitäre Hilfe zustimmen.

